

A

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DER STAATSSSEKRETÄR

Bern, 17. September 1993

BA

Mitteilen, was
mit Generalsekretär Gernold
und Staatssekretär Keller -
Herrn Helfer führen soll.
Armin Walpen ± mögliches
Generalsekretär des Termins
EJPD

Vertraulich

EJPD	24. SEP	93.086152					
GS	960	18					

Dunkel

We 17.9.

Beziehungen zu Staaten der ehemaligen Sowjetunion

Sehr geehrter Herr Generalsekretär

Ich erlaube mir, Ihnen nachfolgend ein Problem zu unterbreiten, welches unsere Beziehungen zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion betrifft.

In letzter Zeit mehren sich Anzeichen über zweifelhafte Geschäfte von Angehörigen der Staaten der Ex-UdSSR mit dem Westen und namentlich mit der Schweiz. Ein entsprechendes Echo findet sich auch in den Medien. Die einzelnen Fälle unterscheiden sich dabei bezüglich ihrer Natur und politischen Brisanz, doch ist ihnen eines gemeinsam: sie betreffen eine Grauzone unserer Beziehungen mit diesen jungen Staaten. Als Beispiele möchte ich Ihnen etwa die bekannten Fälle bezüglich "red mercury" oder die in verschiedenen Presseartikeln erwähnten Geschäftsbeziehungen der Firma Seabeco in Erinnerung rufen.

In den letzten Tagen ist die Schweiz nun wieder ins Gerede gekommen, und zwar im Zusammenhang mit den gegen den russischen Vizepräsidenten Ruzkoi erhobenen Korruptionsvorwürfen.

Es ist offensichtlich, dass dieser ganze Themenkreis in zunehmenden Masse aussenpolitische Interessen der Schweiz tangiert. So ist alleine die Tatsache, dass die Schweiz im Zusammenhang mit undurchsichtigen Geschäften von Angehörigen der Staaten der ehemaligen Sowjetunion genannt wird, geeignet, das Bild der Schweiz im Ausland zu beeinträchtigen.

Wesentlich schwerwiegender wären aber die aussenpolitischen Konsequenzen, wenn sich tatsächlich herausstellen sollte, dass die Schweiz zu einer Art Drehscheibe für jede Art von Geschäften geworden ist, mit der sich Angehörige dieser Staaten auf unrechtmässige Weise bereichern. Die unter dem Titel "Jelzingate" bekannt gewordene Affäre lässt erahnen, welche fatalen Konsequenzen diese Entwicklung haben könnte.



Die Schweiz unterstützt nach Kräften den Uebergang der Staaten des ehemaligen Ostblocks zu Demokratie und Marktwirtschaft. Bisher hat das Parlament Mittel in der Höhe von insgesamt 1,65 Mrd. Franken gesprochen; Mittel, die nach dem Prinzip der Konditionalität nur eingesetzt werden können, wenn die betreffenden Staaten glaubwürdige Reformanstrengungen - gerade im Bereich der Rechtsstaatlichkeit - unternommen haben. Besonders in Russland herrscht in der gegenwärtigen Phase ein eigentliches rechtsstaatliches Vakuum, welches verschiedenste Kreise zu ihrem eigenen Vorteil auszunützen verstehen. Dieser Umstand birgt ein hohes Sprengpotential in sich, werden doch die Akteure der Reformpolitik durch die Folgen dieser Entwicklung zunehmend desavouiert. Die reaktionären Kreise, die mit dem Aufkommen bisher unbekannter sozialer Spannungen ohnehin Auftrieb erhalten, versuchen aus dieser Situation - verständlicherweise - Gewinn zu schlagen. Die Schweiz sollte deshalb auch unter diesem Gesichtswinkel alles daransetzen, um illegale Geschäfte aller Art zu verhindern.

Nicht unerwähnt bleiben sollte schliesslich auch die Tatsache, dass wir ein vitales Interesse daran haben, dass die oft erwähnte "russische Mafia" - wie auch immer dieser Begriff zu interpretieren ist - in der Schweiz nicht Fuss zu fassen vermag.

Ich bin mir bewusst, dass sich die zuständigen Stellen des EJPD bereits heute eingehend mit diesem Problemkreis befassen. Mir liegt aber daran, mit diesem Schreiben auf die hohe Bedeutung hinzuweisen, die dieser Thematik auch aus *aussenpolitischer* Sicht zukommt.

Es ist davon auszugehen, dass Vertreter der Bundesverwaltung und besonders des EDA bei ihren Kontakten mit Angehörigen der betroffenen Staaten vermehrt auf diese Problematik angesprochen werden. Aus diesem Grunde wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie uns mitteilen könnten, mit welchen Diensten in Ihrem Departement eine umfassende Aussprache geführt werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Jakob Kellenberger
Jakob Kellenberger

EJPD

ZUSAMMENFASSUNG UND BEGLEITBLATT

Termin

Wa

Geräffte Formulierung der wesentlichen Informationen gemäss folgender 5-Punkte-Disposition:

- BETREFFNIS
- ANLASS
- INHALT
- STELLUNGNAHME
- ANTRÄGE

Zu 1: **Beziehungen zu Staaten der ehemaligen Sowjetunion**

- Zu 2: Schreiben des EDA vom 17. September 1993 an Herrn Generalsekretär A. Walpen; Auftrag Generalsekretariat vom 27. September 1993
- Zu 3: Das **EJPD sollte grundsätzlich durch die Bundesanwaltschaft und das Bundesamt für Polizeiwesen vertreten werden. Unsererseits stehen der Bundesanwalt und der Chef der Bundespolizei zur Verfügung.**
- Zu 5: Kenntnissnahme

→ ~~Elmer~~
 Sitzung organisiert
 mit 1 Mitglied BA
 (Podnitsch oder v. Daeniken, Podnitsch
 + Kellen) + 1 Vertreter
 BWP (Schmid + Frey)
 → Keller BWP

EJPD 30. SEP 93.086289 ⁹⁶¹⁵²

GS 96018

Fortsetzung bitte wenden oder bei längeren Anträgen und Stellungnahmen neutrales A4-Blatt verwenden.

Informationen für die Steuerung der Weiterleitung und Weiterbearbeitung

Datum: 4.10.93

Notizen des Adressaten:

- 1. An Herrn Generalsekretär A. Walpen
- 2. Von Bundesanwaltschaft
Sachbearbeiter Fürspr. U. von Daeniken Tel.: 45 71

erledigt mit Telefon
 an Herrn Maurer,
 EDD: ihm folgende
 Gesuche des Postnet
 empfohlen
 BA - Podnitsch
 - v. Daeniken
 BWP - Schmid
 - Frey

3. Zu unterbreiten an

Dringlich (innert 24 Stunden)	Kurzfristig (2-4 Tage)	Demnächst (5-10 Tage)
innert Monatsfrist	auf Termin	nicht termingebunden

Zur Genehmigung	Zur Unterzeichnung	Zur Stellungnahme
Zum Entscheid	Zum Studium	Zur Kenntnissnahme XX

6. Wofür wurde die Vorlage / das Schreiben / der Antrag usw. erstellt?
Bezug zum Auftrag / zum Anlass: **Der Chef der Bundespolizei:**

Unterschrift: *U. von Daeniken*
 Der Bundesanwalt
 Visum: *U. von Daeniken*

* Zutreffendes Feld ankreuzen!

Wal 4. 10.